

LAND TAGS KURIER



Seite 8:
Regierung legt Bilanz
ihrer Arbeit vor



Seite 15:
Verfassungsmedaille im
Ständehaus verliehen



Seite 21:
Fest für Eingebürgerte
im Landtag

Ausgabe
5.19



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am Pfingstsonntag ist Erich Iltgen im Alter von 78 Jahren verstorben. Wir trauern um den ersten Präsidenten des Sächsischen Landtags nach 1990 und um einen der bedeutendsten Gründungsväter unseres Freistaates. In einem Trauerstaatsakt haben wir seine großen Verdienste um Freistaat und Landtag gewürdigt. Mit Erich Iltgen verbinde ich das Werden und Gedeihen unserer parlamentarischen Demokratie in Sachsen. Die friedliche Revolution machte ihn zu einem politisch Handelnden. Zunächst moderierte er den Runden Tisch des Bezirkes Dresden, danach hatte er eine führende Rolle bei der Vorbereitung des Parlaments inne. 19 Jahre lang leitete er schließlich als Landtagspräsident die Arbeit des Sächsischen Landtags. In unserer Erinnerung wird Erich Iltgen der politische Baumeister bleiben, der die Geschichte der sächsischen Demokratie mitgeschrieben hat.

Der Sächsische Landtag kommt nun an das Ende seiner 6. Legislaturperiode. Es war eine arbeitsreiche Zeit. Wir haben einmal mehr gesehen, dass Landespolitik trotz und wegen übergeordneter Einflüsse kraftvoll gestalten und solide arbeiten muss. Das Parlament der Sachsen hat auch in den letzten fünf Jahren seine Aufgaben gut erledigt. Es war, wie man es von ihm erwarten kann, ein Handlungsparlament, das entscheidende politische Weichen im Freistaat gestellt hat. Drei Doppelhaushalte haben die Abgeordneten beraten und verabschiedet. Darüber hinaus wurde eine gehörige Menge an wesentlichen Gesetzen beschlossen, darunter das neue Polizeigesetz, das neue Schulgesetz, das geänderte Kulturraumgesetz oder das Inklusionsgesetz. Das sind nur einige wichtige Resultate der parlamentarischen Arbeit für die Menschen in Sachsen.

Es liegt in der Natur der parlamentarischen Demokratie, dass jetzt die Wählerinnen und Wähler über die bisherige Politik urteilen und über die zukünftige Besetzung ihres Parlaments entscheiden. Im bevorstehenden Wahlkampf sollten wir jedoch alle miteinander bedenken: Demokratie lebt von einem kultivierten Umgang miteinander. Zivilisiertsein kostet nichts, Hass und Wut aber kosten uns alles. Achten wir die demokratische Streitkultur und wahren wir in unserer Demokratie Anstand und Würde.

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

TRAUERSTAATSAKT

Erich Iltgen Baumeister des sächsischen Parlamentarismus	3
--	---

PLENUM

94. Sitzung des Sächsischen Landtags Politikbilanz nach fünf Jahren Ministerpräsident verteidigt Erfolge seiner Regierungszeit	8
94. Sitzung des Sächsischen Landtags Klimaschutz soll weiter Schule machen CDU und SPD thematisieren die Ergebnisse der Schüler-Klimakonferenz	10
94. Sitzung des Sächsischen Landtags Pläne für die Schule von morgen DIE LINKE sieht weiterhin Engpass bei Lehrerinnen und Lehrern	11
95. Sitzung des Sächsischen Landtags Versprechen an die Wissenschaft Der unbefristete Hochschulvertrag zwischen Bund und Ländern soll dauerhafte Stellen schaffen	12
95. Sitzung des Sächsischen Landtags Freiheit der Kunst AfD sieht Kunstfreiheit durch politische Beeinflussung gefährdet	13
NSU-Untersuchungsausschuss legt Abschlussbericht vor	14
Petitionsbericht 2018 an den Landtagspräsidenten übergeben	14

AKTUELLES

Fest der Verfassungswerte Sächsische Verfassungsmedaille verliehen	15
Kurzbilanz der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtags	18
Seite an Seite – Mit Spaß und Fairplay zum Erfolg! Der FC Landtag zieht Bilanz	20
»Es ist vielen gar nicht bewusst, was es für ein Glück ist, Deutscher zu sein.« Sachsen feiert die Einbürgerung von 1647 Menschen	21
»Großer Bahnhof« für ehemalige Landtagsabgeordnete	22

SERVICE

Weitere Informationen	24
------------------------------------	----

// Titel: Ehrenwache der Landesbereitschaftspolizei
zum Trauerstaatsakt für Erich Iltgen // Foto: M. Rietschel

Erich Iltgen

* 10. Juli 1940 † 9. Juni 2019

Präsident des

Sächsischen Landtags

1990 bis 2009

Foto: S. Giersch

// Mit einem Trauerstaatsakt nahm der Sächsische Landtag Abschied von seinem ehemaligen Präsidenten. Im Alter von 78 Jahren war Erich Iltgen am 9. Juni 2019 nach schwerer Krankheit gestorben. //



Fotos: M. Rietschel

Dr. Daniel Thieme

Baumeister des sächsischen Parlamentarismus

Die Fahnen vor dem Landtagsgebäude wehten auf Halbmast, als Angehörige, Politiker und Weggefährten am 21. Juni 2019 Erich Iltgen die letzte Ehre erwiesen. Der Landtag gedachte in einem bewegenden Trauerstaatsakt seines langjährigen Präsidenten. Erich Iltgen stand fast zwei Jahrzehnte an der Spitze des Hohen Hauses.

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, Iltgens Nachfolger im Amt, sprach zu Beginn seiner Rede davon, dass ihn sein Tod schwer betroffen mache. Er habe einen Menschen verloren, zu dem er ein tiefes Vertrauensverhältnis gepflegt und dem er sich persönlich verbunden gefühlt hatte. Für Rößler war Erich Iltgen ein »Baumeister des Parlamentarismus.« Der Neuaufbau der gesetzgebenden Gewalt in Sachsen nach 1990 sei Erich Iltgens Lebenswerk. Er habe sich um eine politische Kultur bemüht, die auf Konsens und Kooperation

abzielte, einen fairen Streit ermöglichte und politische Minderheiten in Schutz nahm. Seine Amtsführung, die durch Konzilianz, Gewissenhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen, aber auch eine lebensfrohe Heiterkeit geprägt gewesen sei, hätten das Parlament über fast zwei Jahrzehnte zu einem Stabilitätsanker der sächsischen Demokratie gemacht. Erich Iltgen habe fest in seinem katholischen Glauben geruht, der für ihn Kompass seines politischen Handelns gewesen sei.

Ministerpräsident Michael Kretschmer würdigte Erich Iltgen

als einen Architekten des Freistaates Sachsen. Er sei ein geradliniger Mann gewesen, der für seine Überzeugungen und die Rechte des Parlaments stritt. Sein Amt habe er höflich und doch hart in der Sache ausgeübt. Erich Iltgen sei ein Mann des Volkes gewesen, der dem Volk als Souverän eine starke Vertretung geschaffen habe. In den demokratischen Anfangsjahren nach 1990 sei dieser Aufbau mit einer erheblichen Arbeitsbelastung verbunden gewesen. Besondere Anerkennung habe er sich beim harten Ringen um Entscheidungen mit der

Regierung und ein offenes, bürgernahes Parlament erworben.

Arnold Vaatz erinnerte an das Ende der DDR vor 30 Jahren. Damals, als während der friedlichen Revolution alte DDR-Kader versucht hätten, die Geschicke an sich zu reißen, habe er Erich Iltgen kennengelernt. Es sei sein großes Verdienst gewesen, den Runden Tisch des Bezirkes Dresden am Leben gehalten zu haben. Es sei ihm außerdem zu verdanken, dass der Koordinierungsausschuss und später das Sächsische Forum die Wiedergründung Sachsens eingeleitet hätten. In der deutschen und europäischen Geschichte gebe es kein Ereignis, das in Bezug auf seinen gewaltlosen Ablauf, seine befreiende Kraft und seine Ausstrahlung mit den Geschehnissen von 1989 vergleichbar wäre. Erich Iltgens Tod sei ein unwiederbringlicher Verlust für alle, die dieses Land lieben und die Demokratie schützen.



Erich Iltgen – ein Leben für die Demokratie in Sachsen

// 27. Mai 1992: Mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Sächsischen Landtags und den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen erhielt die Sächsische Verfassung ihre verfassungsrechtliche Wirksamkeit. // Foto: K. Thiery

Erich Iltgen wurde 1940 in Köln geboren. Seinen Vater verlor er im Zweiten Weltkrieg, die Mutter starb wenige Jahre später nach der Flucht aus dem bombenzerstörten Köln in Penig. Bruder Otto und er wuchsen ab 1949 in einem katholischen Kinderheim in Thammehain auf. Nach der 8. Klasse begann Erich Iltgen eine Ausbildung zum Landmaschinen- und Traktorenschlosser. Im Abendstudium holte er die Fachschulreife nach und studierte von 1958 bis 1961 Landtechnik.

Als Ingenieur arbeitete Erich Iltgen zuerst in der Stahl- und Apparatebaugesellschaft in Landsberg, später, ab 1964, beim VEB Kraftwerksanlagenbau in Radebeul. Rasch stieg er im Betrieb auf und verantwortete als Gruppenleiter die Ausrüstung von Kraftwerken. Ab 1978 arbeitete Erich Iltgen im Sächsischen Serumwerk Dresden.

1965 heiratete er seine Frau Eva-Maria. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Neben dem Familienleben und der beruflichen Tätigkeit belegte er von 1978 bis 1981 einen Grundkurs in katholischer Theologie. Über viele Jahre führte er die Pfarrgemeinde St. Petrus in Strehlen als Gemeinderatsvorsitzender. Vor allem in seiner starken Bindung zur katholischen Kirche ist es begründet, dass Erich Iltgen ab 1985 die Leitung der Dombauhütte und ab 1988 die Leitung der Bauabteilung des Bistums Dresden-Meißen übernahm.

Als im Herbst 1989 die Macht des DDR-Regimes stark bröckelte, beauftragte ihn Bischof Joachim Reinelt, Kontakte mit oppositionellen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen herzustellen. So kam es, dass er gemeinsam mit dem evangelischen Pfarrer Martin Lerchner ab Dezember 1989 den Runden Tisch des Bezirkes Dresden moderierte.

// 19. Mai 1992: Grundsteinlegung für den Neubau des Elbflügels mit Plenarsaal. // Foto: H. Pethke



// 1999: Einweihung des Bernhard-von-Lindenau-Platzes vor dem Sächsischen Landtag gemeinsam mit Dresdens Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner. // Foto: S. Döring



// Oktober 1999: Rede im Plenarsaal. // Foto: S. Döring

// 3. Oktober 2002: Mit Dr. Helmut Kohl zum Festakt anlässlich des Tags der Deutschen Einheit. // Foto: M. Hiekel





// 1990: Leitung des Plenums in der Dreikönigskirche. // Foto: K. Thieme

// August 2002: Hochwasser vor dem Landtagsgebäude. // Foto: U. Friedrich



Erich Iltgens politisches Schlüsselerlebnis war die Wiedergründung Sachsens am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg zu Meißen. Auf dieses Ereignis hatte er im Koordinierungsausschuss und im Sächsischen Forum gemeinsam mit Arnold Vaatz und anderen hingearbeitet. Als Landtagspräsident baute Erich Iltgen ab 1990 die Verwaltung des neuen sächsischen Parlaments auf und sicherte dessen Arbeitsfähigkeit von Beginn an. Unter seiner Leitung entstand von 1991 bis 1993 der moderne Elbflügel des Landtags mit dem neuen Plenarsaal.

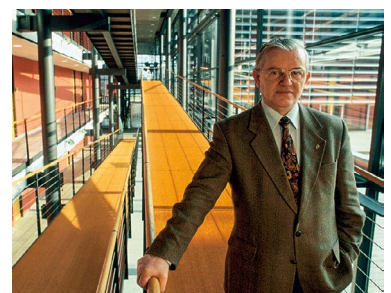
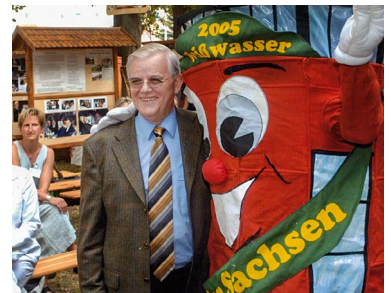
Erich Iltgen blieb über vier Wahlperioden hinweg oberster Repräsentant des Sächsischen Landtags. Am 2. Oktober 2009 wurde er schließlich mit einem Festakt verabschiedet. In seiner Abschiedsrede formulierte er nochmals sein politisches Credo: »Politik ist kein Selbstzweck, sie ist immer Auftrag und ausgerichtet, dem Allgemeinwohl zu dienen, gleich welcher Partei und politischen Vertretung man angehört.«

Im Jahr 2005 musste Erich Iltgen den Verlust seiner Frau Eva-Maria verkraften. Später heiratete er seine zweite Ehefrau Elisabeth.

Neben seinem politischen Amt stand Erich Iltgen als Präsident über viele Jahre an der Spitze des Landestourismusverbandes. Er war außerdem Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen« und übte zahlreiche weitere Ehrenämter aus.

// 30. Juni 2008: Erich Iltgen begleitete den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen nach Rom zu Gesprächen mit Vertretern der italienischen Regierung und Papst Benedikt XVI. // Foto: F. Ossenbrink

// 3. Oktober 2007: Mit dem Festredner zum Tag der Deutschen Einheit Joachim Gauck. // Foto: M. Hiekel



// 5. September 2005: Tag der Sachsen in Weißwasser. // Foto: M. Hiekel

// 17. März 2003: Eröffnung der Ausstellung »Sachsens Kinder – so erlebten wir die Flut«. // Foto: M. Hiekel

// 2001: Erich Iltgen im Neubau des Sächsischen Landtags // Foto: S. Döring

Regierungserklärung, Klimaschutz, Bildungspolitik und Kultur

// Dirk Panter mit Henning Homann im Gespräch // Foto: S. Floss

// In der 94. Sitzung des Sächsischen Landtags gab Ministerpräsident Michael Kretschmer eine Regierungserklärung ab und zog damit eine Bilanz seiner Arbeit. In den anschließenden Aktuellen Debatten ging es um Klimaschutz und Schulpolitik. In der 95. Plenarsitzung standen Hochschulfinanzierung und Kunstfreiheit auf der Tagesordnung. //



// Christian Hartmann

// Rico Gebhardt

// Dirk Panter

// Jörg Urban

// Wolfram Günther

// Andrea Kersten

Politikbilanz nach fünf Jahren

Ministerpräsident verteidigt Erfolge seiner Regierungszeit

Dr. Daniel Thieme

**Staatsregierung:
Sachsen entwickelt
sich weiter positiv**

Ministerpräsident Michael Kretschmer verwies in seiner Rede auf die Erfolge der Regierung unter seiner Führung. Dazu gehörten das neue Polizeigesetz und die beschlossene Einstellung von 1000 neuen Polizisten. Eine halbe Milliarde Euro sei in die frühkindliche Bildung investiert worden, an den Kopfnoten habe man festgehalten und die Schularbeit sei gestärkt worden. Um den Lehrermangel zu beseitigen, habe sich die Regierung entschieden, die Verbeamtung für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen und zusätzliche Prämien für ländliche Regionen auszulosen.

// Die 94. Sitzung des Sächsischen Landtags begann mit einer Regierungserklärung zum Thema »Wir gestalten Sachsen – sicher, sozial, frei«. Damit legten Staatsregierung und Koalition am Ende der Wahlperiode die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Die Opposition kritisierte die aus ihrer Sicht verpassten Chancen. //

ben. Sachsen habe sich weiter zu einem begehrten Standort für Unternehmensansiedelungen entwickelt. Es brauche jedoch zusätzliche Anstrengungen, Fachkräfte nach Sachsen zu

holen. Die für den Strukturwandel in Aussicht gestellten Mittel böten sehr gute Chancen, beispielsweise die Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken und einen besseren ÖPNV.



**DIE LINKE:
Mehr in die Gesellschaft investieren**

Zu Beginn seiner Rede rief Rico Gebhardt, DIE LINKE, den Ministerpräsidenten dazu auf, die Hürden für Volksinitiativen zu senken, anstatt einen Volksentscheid zu fordern. Beim Thema Sicherheit glichen die Neueinstellungen von Polizisten nur die Altersabgänge aus; und ihre Gesamtzahl bliebe weiter zu niedrig. In den Schulen sei die personelle Lage immer noch katastrophal. Es müsse zudem möglich werden, Gemeinschaftsschulen zu gründen, um die soziale Spaltung nach der 4. Klasse zu beenden. Im Wohnungsbau brauche es einen Mietdeckel und mehr Sozial-

wohnungen. Die Menschen hätten an vielen Orten gar keine Möglichkeit mehr, sich zu begegnen und zusammenzufinden. Daher seien Förderinstrumente für eine bessere medizinische und soziale Nahversorgung nötig, die der Allgemeinheit nutze und ihr zugutekomme.

CDU: Verantwortung als Grundprinzip der Politik

Christian Hartmann, CDU, dankte zuerst seiner Fraktion, dem Koalitionspartner und der Staatsregierung für die Zusammenarbeit in der vergangenen Wahlperiode. Politik für die Mitte der Gesellschaft bedeute, sich nicht vor Neuem zu ängstigen und kompromissbereit zu sein. Sicherheit sei eine zentrale Aufgabe des Staates, daher habe das neue Polizeigesetz moderne Eingriffsbefugnisse geschaffen. Die CDU stehe für eine Politik der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Das gesellschaftliche Engagement verdiene Würdigung und Anerkennung und werde im Doppelhaushalt mit 15 Millionen Euro gefördert. Es bleibe beim politischen Ziel, den ländlichen Raum zu stärken. Ein Schwerpunkt der letzten Jahre sei neben der Bildungspolitik auch die Wirtschaftspolitik gewesen. Im Hinblick auf die Energiewende dürften die Kosten nicht weiter steigen.

SPD: Demokratie beruht auf Beteiligung aller

Seit dem Amtsantritt von Michael Kretschmer sei in der Koalition eine gemeinsame Kultur des Miteinanders entstanden, sagte Dirk Panter, SPD. Es sei Aufgabe der Politik, langfristig zu arbeiten und den

Zusammenhalt zu stärken. Bei einigen Kennzahlen stehe Sachsen heute deutlich besser da als 2014. So würden wieder deutlich mehr Kinder geboren werden. Auch die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer sei gestiegen. Der Bruttolohn in Sachsen habe gegenüber 2014 um 16 Prozent zugelegt, die Straftaten seien kontinuierlich gesunken. Die SPD habe dazu

haben. Im Bereich der Sicherheit sei die gestiegene Kriminalität eine direkte Folge der Politik der offenen Grenzen. Im ländlichen Raum fehle es an Ärzten und Lehrern, Geburtsstationen und Schulen würden geschlossen, schnelles Internet sei nicht verfügbar. Eingebrachte Anträge für kostenlosen Personennahverkehr im ländlichen Raum oder ein kostenloses Schulsessen habe die Regie-

Auenprogramm und den Waldumbau unterbreitet und auch den Flächenfraß thematisiert. Der CDU-Idee, 50 Millionen Bäume zu pflanzen, fehle es hingegen an einem konsistenten Plan. Der Strukturwandel müsse ernsthaft gestaltet werden. Es bedürfe für die Energiewende klarer Regelungen und Rechtssicherheit. Etwas bewegen müsse sich bei den Themen biologische Vielfalt, Müllvermeidung und Pestizidreduktion in der Landwirtschaft. Im Bereich der Mobilität müssten Radwege ausgebaut und der öffentliche Nahverkehr verbessert werden. Die Hürden für Volksanträge sollten abgesenkt werden. In der Gesellschaft brauche es kein Klima von Hass und Hetze, sondern Menschlichkeit und Weltoffenheit.

Fraktionslose: Bürokratie hemmt Wachstum

Andrea Kersten, fraktionslos, kritisierte die Überbürokratisierung in Sachsen. Sie sei ein Wachstumshemmnis für die Unternehmen. Außerdem stehe die Sicherheit infrage, wenn dem sächsischen Handel Waren in Milliardenhöhe gestohlen würden. Uwe Wurlitzer, fraktionslos, hielt es für problematisch, dass in der Debatte von undemokratischen Verhältnissen gesprochen werde. Die AfD würde entzaubert werden, wenn sie inhaltlich und argumentativ eingebunden wäre.



beigetragen, dass der öffentliche Nahverkehr verbessert worden sei. Das Programm »Weltoffenes Sachsen« habe die Staatsregierung ebenso gestärkt wie die Kulturförderung. Im sozialen Bereich ergäben sich beim Wohnen und bei den Energiekosten weitere Notwendigkeiten zum Handeln.

AfD: Vorschläge jahrelang blockiert

Jörg Urban, AfD, warf der Regierungspartei CDU vor, Lösungsansätze wie die Verbesserung der direkten Demokratie oder die bessere Ausstattung der Polizei jahrelang abgelehnt zu

haben. In der Vergangenheit abgelehnt. Die Russland-Sanktionen schadeten der sächsischen Wirtschaft und brächten Tausende Kurzarbeitsstellen sowie Entlassungen. Schließlich schränke der öffentliche Rundfunk die Freiheit ein, da er Milliarden koste, ohne dass ihn die Menschen sehen wollten.

GRÜNE: Klare Regeln für einen Kohleausstieg

Für die Klimapolitik brauche es eine konsistente Linie, sagte Wolfram Günther, GRÜNE. Seine Fraktion habe Vorschläge für kommunalen Baumschutz, ein



www.landtag.sachsen.de



Dr. Daniel Thieme

Klimaschutz soll weiter Schule machen

CDU und SPD thematisieren die Ergebnisse der Schüler-Klimakonferenz

// In der ersten Aktuellen Debatte der 94. Landtagssitzung stand die Klimapolitik auf der Tagesordnung. Sie wurde beantragt von den Fraktionen CDU und SPD und trug den Titel »Wir machen Klima – gemeinsam. Klimakonferenz der sächsischen Schülerinnen und Schüler – Bilanz und Ausblick«. //

Politik müsse auf die nächste Generation ausgerichtet sein, sagte Dr. Stephan Meyer, CDU, mit Blick auf die Klimakonferenz mit sächsischen Schülerinnen und Schülern am 22. Juni. Die dort diskutierten Themen, von ÖPNV bis CO₂-Steuer, zeigten konkrete Handlungsfelder auf. Es brauche ein stärkeres Engagement für den Klimaschutz, dennoch müsse auch die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit Sachsens berücksichtigt werden. Die Klimakonferenz werde keine Eintagsfliege bleiben.

Für ihr Engagement bei der Klimakonferenz zollte Jörg Vieweg, SPD, den Schülerinnen und Schülern Respekt. Sie zeigten Bewusstsein für Zivilcourage sowie für globale und wissenschaftliche Zusammenhänge. Die öffentliche Hand müsse Anreize für ein ökolo-

gisches Verhalten schaffen und finanziell fördern. Für eine gelingende Energiewende brauchten besonders die Kommunen Unterstützung. Ein Energie- und Klimaprogramm liege seitens der SPD vor und könne zügig beschlossen werden.

Lob für politisches Engagement

Marco Böhme, DIE LINKE, würdigte die Klimakonferenz als Dialogangebot an die Bürgerinnen und Bürger. Falsche Versprechungen dürfe es in diesem Bereich jedoch nicht geben. Die Regierung blockiere die Fortschreibung des Energie- und Klimaprogramms, während andere Bundesländer bereits eigene Klimaschutzgesetze hätten. Handlungsbedarf gebe es zudem beim ÖPNV. Es fehle weiterhin an günstigen Tickets für Schüler und Auszubildende sowie an einem sachsenweiten Sozialticket.

Dr. Rolf Weigand, AfD, erinnerte an Anträge seiner Fraktion zum ÖPNV-Ausbau, der Stärkung der Bahn und mehr Elektrifizierung, die alle abgelehnt worden seien. Handlungsbedarf bestünde ferner darin, in der Klimapolitik mehr Aufklärung unter Schülerinnen und Schülern zu leisten. Gefordert sei eine Klimapolitik mit Augenmaß und keine Klimahysterie. Zu fragen sei, warum aus der

Kernenergie ausgestiegen und dazu nicht länger geforscht werde. Den Braunkohleausstieg wolle die AfD stoppen.

Konkretes Handeln gefordert

Für Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, war bereits Ende des letzten Jahres klar, dass sich Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu ganz großen Themen entwickeln würden. Auf der Klimakonferenz im Juni sei es vor allem um konkretes Handeln gegangen. Der Ministerpräsident solle endlich Haltung zeigen, statt widersprüchliche Positionen zu vertreten. Dazu gehöre, nicht einerseits nach erneuerbaren Energien zu rufen und andererseits deren Ausbau durch bestimmte Abstandsregelungen zu blockieren.

Ministerpräsident Michael Kretschmer führte aus, die Klimakonferenz sei ein Beispiel für funktionierende und gelingende politische Bildung. Klimaschutz sei eine vielfältige Aufgabe, dazu trage auch der Vorschlag bei, 50 Millionen Bäume zu pflanzen. Bei der Vermeidung von CO₂ gehe es um den Bau schnellerer ICE-Strecken bzw. die Elektrifizierung der Eisenbahn sowie den Ausbau von Radwegen und ÖPNV-Verbindungen. Umweltschutz müsse aus Wettbewerbsfähigkeit heraus entstehen.

Dr. Daniel Thieme

Pläne für die Schule von morgen

DIE LINKE sieht weiterhin Engpass bei Lehrerinnen und Lehrern

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 94. Sitzung des Sächsischen Landtags diskutierten die Fraktionen über die Schulpolitik. DIE LINKE hatte den Antrag mit dem Titel »Zukunft braucht gute Schule – jetzt erst recht« initiiert. //

Cornelia Falken, DIE LINKE, merkte zu Beginn an, dass es in vielen Jahren nicht gelungen sei, tragfähige Personalkonzepte für die Schulen in Sachsen zu entwickeln. Im Schuldienst gebe es 5000 Personen ohne pädagogischen Abschluss. Der Unterricht sei nicht abgesichert, die Verbeamtung habe eine Zweiklassenlehrerschaft geschaffen. Bis 2030 würden die Schülerprognosen steigen und deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer erfordern.

Ein anderes Bild der Schulpolitik zeichnete Lothar Bienst, CDU. Seiteneinsteiger hätten die Möglichkeit, einen pädagogischen Abschluss nachzuholen. Unterrichtsausfall gebe es zwar, er halte sich aber sehr in Grenzen. Die Verbeamtung sei notwendig gewesen, habe die Einstellungszahlen erhöht und werde akzeptiert. Zukünftige Ziele der Schulpolitik seien es, mehr junge Lehrkräfte in den ländlichen Raum zu locken und die Schulabbruchzahlen zu senken.

Längeres gemeinsames Lernen

Sabine Friedel, SPD, machte klar, dass man in der Vergangenheit bereits eine ganze Menge getan habe. Auch schulische Zukunftsvisionen gebe es viele. Erstrebenswert sei ein bildungsdifferenzierter Unterricht mit möglichst individueller Förderung. Zudem müsse man über den Bildungskanon und seine Inhalte diskutieren. Schließlich sollten die Schulen mehr Eigenverantwortung erhalten. Größere Vorhaben seien außerdem die Ganztagschule und die Gesamtschule.

Die Schule solle bewährtes Wissen und Kulturtechniken vermitteln und werde doch immer mehr mit gesellschaftlichen Aufgaben überfrachtet, stellte Karin Willke, AfD, fest. Die Trennung der Schüler nach der 4. Klasse sei verfrüht, richtig wäre ein gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse. Eine Gemeinschaftsschule

hingegen nivelliere und senke das Leistungsniveau. Die Oberschule müsse optimal auf die Berufspraxis vorbereiten, das Gymnasium dürfe nicht Schule für alle sein.

Schule im Wandel

Petra Zais, GRÜNE, verlangte grundsätzliche Änderungen im Bildungsbereich angesichts eines rasanten gesellschaftlichen Wandels. Schülerinnen und Schüler forderten mehr Mitbestimmung und eine Schule, die sich am Leben orientiere. Eltern wünschten sich liebevolle Lern- und Lebenswegbegleitung, kleinere Klassen und längeres gemeinsames Lernen. Lehrerinnen und Lehrer erwarteten gute Bezahlung, Wertschätzung und eine familienfreundliche Personalpolitik.

Christian Piwarz, Staatsminister für Kultus, konstatierte positive Entwicklungen bei der Besetzung von Lehrerstellen. Grundschullehrer würden dank ihrer neuen Einstufung deutschlandweit sehr gut bezahlt. Sachsen habe den Digitalpakt umgesetzt und 100 Fachlehrpläne zum neuen Schuljahr überarbeitet. Die Oberschulen erhielten eine stärkere Berufsorientierung. Das gegliederte Schulsystem müsse zwar weiterentwickelt werden, garantiere aber auch in Zukunft bestmögliche Bildung.





95. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Aline Fiedler // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Versprechen an die Wissenschaft

// Die erste Aktuelle Debatte der 95. Sitzung des Sächsischen Landtags lautete: »Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken« bringt Planungssicherheit für Sachsens Hochschulen«. Antragsteller waren die Fraktionen von CDU und SPD. //

Der unbefristete Hochschulvertrag zwischen Bund und Ländern soll dauerhafte Stellen schaffen

Aline Fiedler eröffnete die Aktuelle Debatte für die CDU. Sachsen stehe in der Wissenschaft schon heute gut da. Die Ausstattung der Hochschulen habe sich in der vergangenen Wahlperiode deutlich verbessert. Es brauche jedoch weitere Anstrengungen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre umfasse ein Gesamtvolumen von 160 Milliarden Euro bis 2030. Dieses Geld solle die Qualität der Lehre auch in Sachsen weiter erhöhen und befristeten Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive geben.

Mit dem beschlossenen Hochschulpakt müsse nun eine Entfristungsoffensive einhergehen, sagte Holger Mann, SPD. Ziel sei es, 1 000 Beschäftigungsverhältnisse zu entfristen, um Daueraufgaben mit Dauerstellen abzusichern. Sachsen erhalte zukünftig etwa 75 Millionen Euro im Jahr. Damit solle die geplante Verdopplung der Ausbildungszahlen im Lehramt geschafft und ganz allgemein der Fokus bei der akademischen Ausbildung stärker auf die Daseinsfürsorge gelegt werden.

Keine festen Vorgaben

Die benötigte radikale Trendumkehr in der Hochschulfinanzierung bringe der Zukunftsvertrag nicht, kritisierte René Jalaß, DIE LINKE. Die finanzielle Unterstützung der Hochschulen sei zu stark an die Studierendenzahl gebunden und stehe einem selbstbestimmten Studium im Wege. Für die Schaffung von Dauerstellen im akademischen Mittelbau gebe es keine verbindliche Vorgabe. Nötig sei außerdem ein Hochschulsozialpakt, der die offene und soziale Hochschule stärke.

Den geplanten Ausbau dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse durch den Hochschulpakt befürwortete Dr. Rolf Weigand, AfD. Die Abhängigkeit von Drittmittelanträgen lähme Forschung und Lehre. Daher müsse die Situation der Kettenverträge geändert werden. Die Studierendenzahlen sollten wieder sinken, nachzudenken sei auch über Vorabprüfungen vor der Aufnahme eines Studiums. Die AfD wolle zudem die Berufsakademien in duale Hochschulen umwandeln.

Sachsens Hochschulen gestärkt

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, begrüßte die Verabschiedung des Zukunftsvertrags. Er sei unbefristet geschlossen und erkenne an, dass die Studierendenzahlen nicht zurückgehen dürften. Die im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte Begrenzung der Studierendenzahlen sei falsch, weil damit Geld ungenutzt bleibe. Nun müsse die Chance ergriffen werden, um die Beschäftigungssituation an den Hochschulen zu verbessern, anstatt das Geld in Hochschulbauten und Programmtöpfe zu stecken.

Die Bund-Länder-Vereinbarungen im Hochschulbereich bewertete die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange, als Meilenstein und Trendwende. Der Hochschulpakt habe Sachsens Hochschulen bereits in der Vergangenheit gerettet, denn ohne westdeutsche Studierende wäre sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die der Studienplätze massiv gesunken. Mit dem Zukunftsvertrag würden zudem die Mediziner-ausbildung und die Lehrerbildung gestärkt.



Foto: S. Floss

95. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Freiheit der Kunst

AfD sieht Kunstfreiheit durch politische Beeinflussung gefährdet

Karin Wilke, AfD, sah im Falle des Malers Axel Krause die Freiheit des Diskurses grundsätzlich gefährdet. Ihm seien seine politischen Aussagen zum Problem geworden. Doch sein Ausschluss habe nicht nur dem Ansehen der Jahresausstellung, sondern auch der Kulturszene und der Demokratie geschadet. Ideologie würde der Ästhetik übergeordnet. Nicht die Gesellschaft, sondern eine dem Zeitgeist folgende »Kulturschickeria« bestimme den Diskurs.

Die Kunst sei frei, aber nicht schrankenlos, konstatierte Aline Fiedler, CDU. Ihre Grenzen finde sie unmittelbar durch die Verfassung und eine umfassende Abwägung mit ihren anderen Bestimmungen. Einen Konsens über Geschmack und Befindlichkeiten gebe es nicht, wohl aber über das Grundgesetz. Kultur könne, wenn sie frei sei, Differenzen überwinden. Dagegen beraube sich eine Kunst des politisch Wünschenswerten, die einer bestimmten Ideologie oder Moral folgt, ihrer Freiheit.

Kunstfreiheit ist ein hohes Gut

Für DIE LINKE erinnerte Franz Sodann an die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie hätten das verfassungsmäßige Recht, am gesellschaft-

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 95. Plenarsitzung diskutierte der Sächsische Landtag kontrovers zum Antrag der AfD-Fraktion »Ist die Freiheit der Kunst eine Einbahnstraße?«. Ein Auslöser dazu war der Ausschluss des Malers Axel Krause von der Jahresausstellung der Stadt Leipzig. //

lichen Diskurs teilzunehmen. Die AfD wolle dieses Recht beschneiden. Die angesetzte Debatte sei daher ein weiterer Versuch, Unsicherheit und Angst im Kunst- und Kulturbetrieb zu erzeugen. Daher stelle sich DIE LINKE schützend vor die Kulturschaffenden dieses Landes und ihren Anspruch, frei, plural und offen wirken zu können.

Hanka Kliese, SPD, attestierte der AfD, keine positive Deutung des Kulturbegriffs zu kennen. Diese Partei definiere Kultur ausschließlich darüber, was sie nicht sei, also ex negativo. Fraglich sei, woher die AfD ihr Wissen über die Kulturlandschaft beziehe. In den Programmen der AfD komme Kulturpolitik nur eindimensional vor. Kultur mache neugierig und offen, sie verhindere, dass

man Vorurteile aufbaue. Die AfD verkenne, dass es eine Neutralitätspflicht bei Fragen des Humanismus nicht gebe.

Keine staatliche Beschränkung

Der Debattentitel unterstelle, die Freiheit der Kunst würde zurzeit gegen die AfD verwendet, machte Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, deutlich. Der Titel zeige jedoch auch, wovon die AfD Angst habe, nämlich, dass in Kunst und Kultur eigenständig gedacht und gehandelt werde. Wer der Kultur vorwerfe, sie unterliege in der heutigen Zeit einer Staatsdoktrin, der verstehe Künstlerinnen und Künstler nicht. In Sachsen dürfe es nie wieder eine staatliche Beschränkung der Kunstfreiheit geben.

Die Staatsministerin für Wissenschaft und Kultur, Dr. Eva-Maria Stange, erinnerte an das Grundgesetz, das die Regeln unseres Umgangs miteinander festlege. Die Freiheit der Kunst sei ein Gradmesser für die demokratische Freiheit eines Landes. Meinungsfreiheit ermögliche auch Kontroversen. Manche Positionen seien schwer auszuhalten. Genau das zeichne aber eine Demokratie aus, die stark genug sei, sich mit dem Verständnis von Kunst und Freiheit bei der AfD auseinanderzusetzen.

NSU-Untersuchungsausschuss legt Abschlussbericht vor

Der 1. Untersuchungsausschuss der 6. Wahlperiode »Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen« legte kürzlich seinen Abschlussbericht vor und beendete damit seine Arbeit. Der Sächsische Landtag hatte den Ausschuss 2015 eingesetzt, um mögliche Versäumnisse der Behörden im Umgang mit der Terrorgruppe des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) aufzuklären. Das parlamentarische Gremium tagte in 43 Sitzungen und vernahm 70 Zeugen. Es beschloss 51 Beweisanträge, für die 1572 Aktenordner angefordert wurden. Der veröffentlichte Abschlussbericht umfasst



// Lars Rohwer // Foto (Archiv): S. Floss

203 Seiten. Parallel dazu gab es ein Minderheitenvotum der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

In seiner Arbeit verschaffte sich der Untersuchungsaus-

schuss ein Bild über die polizeilichen Ermittlungen zu den Raubüberfällen des NSU, die größtenteils in Sachsen verübt wurden. Er widmete sich der Frage, in welchem Umfang

das Landesamt für Verfassungsschutz über die Unterstützer des NSU informiert war. Er betrachtete das Handeln der sächsischen Justizbehörden und nahm die Strukturen der kommunalen Ebene in den Blick. Der Ausschussvorsitzende Lars Rohwer, CDU, resümierte: »Eine Terrorserie wie die des NSU muss nach allen menschlichen Möglichkeiten einmalig bleiben und darf sich keineswegs wiederholen«.



<https://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml>

Redaktion

Petitionsbericht 2018 an den Landtagspräsidenten übergeben

Anfang Juli nahm Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den Petitionsbericht für das Jahr 2018 entgegen. Daraus geht hervor, dass im Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags 2018 insgesamt 556 Petitionen eingingen. Damit nahm ihre Zahl weiter zu.

Wie in den Vorjahren dominierten auch 2018 Themen aus der Zuständigkeit des Innenministeriums. In diesem Bereich wurden 155 Petitionen eingereicht. 132 Petitionen mit dem Schwerpunkt Bildung und Erziehung waren an das Kultusministerium gerichtet. Das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz wurde zu insgesamt 67 Petitionen um Stellungnahme gebeten.

Die größte Unterstützung, nämlich 120 000 Unterschriften, erhielt 2018 die Petition zur

»Weidetierprämie«. Die Sammelpetition »Für eine bewegte Schulzukunft unserer Kinder

und Jugendlichen« bekam 29 580 Unterschriften und 18 590 Unterstützer erhielt die Petition »Begrenzung der Wolfspopulation«.

Wie die Statistik belegt, können Petitionen durchaus etwas bewirken. 29 Prozent der eingereichten Anliegen waren im vergangenen Jahr ganz oder teilweise erfolgreich.

Nach Artikel 35 der Sächsischen Verfassung kann sich jedermann mit Bitten und Beschwerden an den Sächsischen Landtag und die zuständige Stelle richten. Eine Petition muss in einer angemessenen Frist beantwortet werden.



Foto: Landtag

Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille

Foto: S. Füssel

// Am 1. Juni überreichte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Sächsische Verfassungsmedaille an verdiente Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Sachsen. Die Auszeichnung wird seit 1997 jährlich im Sächsischen Ständehaus verliehen. //



Fest der Verfassungswerte

Preisträger der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt

// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mit den Geehrten 2019: Konrad Riedel, Kerstin Stopp, Christine Clauß, Andreas Beuchel, Peter S. Kaul // Fotos: S. Füssel

// Sieben Personen erhielten am 1. Juni 2019 aus den Händen des Landtagspräsidenten die Sächsische Verfassungsmedaille. Dr. Matthias Rößler würdigte damit ihr Engagement für die freiheitliche und demokratische Entwicklung in Sachsen. Die Geehrten bekamen die Auszeichnung im Großen Saal des Sächsischen Ständehauses überreicht. //



Am 1. Juni würdigte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler Menschen, die sich in besonderer Weise für die freiheitliche und demokratische Entwicklung unseres Freistaates verdient gemacht haben.

Er erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, dass es ohne die friedliche Revolution und den politischen Willen des Herbstes 1989 die Sächsische Verfassung nicht geben würde. Damals erstritten mutige Bürger auf der Straße jene Rechte, auf denen der Freistaat Sachsen heute beruht.

Und noch einen zweiten Verfassungstext rief der Landtagspräsident den Gästen ins Gedächtnis. Vor 70 Jahren verabschiedete der Parlamentari-

sche Rat das Grundgesetz und markierte damit den Beginn der Bundesrepublik Deutschland.

Nach seiner Begrüßung überreichte er den Preisträgern des Jahres 2019 die Sächsische Verfassungsmedaille als Anerkennung für ihre Verdienste. Die Veranstaltung im Sächsischen Ständehaus war ein Fest der Verfassung, ihrer Werte und der Menschen, die sie mit Leben füllen.



Preisträger 2019

Andreas Beuchel (Meißen) baut als Superintendent des Kirchenbezirks Meißen-Großenhain Brücken zwischen Kirche, Zivilgesellschaft und Politik. Als Dompfarrer nutzt er die Kraft des Wortes und wirbt für christliche Nächstenliebe. In »Blaulichtgottesdiensten« erhalten sächsische Rettungs- und Einsatzkräfte von ihm Dank und Segen für ihre Arbeit. Seit zwei Jahren engagiert sich der Theologe im Sächsischen Kultursenat der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen. Zuhörern und Zuschauern des MDR dürfte Beuchel als Senderbeauftragter der evangelischen Landeskirche bekannt sein. Von 2007 bis 2015

plante und begleitete er Hörfunk- und Fernsehgottesdienste, die der MDR sachsen- und deutschlandweit ausstrahlte.

Christine Clauß (Leipzig) war viele Jahre Landtagsabgeordnete und von 2008 bis 2014 Staatsministerin für Soziales und Gesundheit in Sachsen. Zuvor war sie 25 Jahre als Krankenschwester tätig. In ihrer Amtszeit als Sozialministerin leistete sie einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Hygiene in den Krankenhäusern und zur Bekämpfung multiresistenter Erreger. Ihr war es außerdem wichtig, ungewollt kinderlose Paare bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches zu unterstützen. Unter ihrer Leitung

legte Sachsen bereits 2009 ein Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung von Kinderwunschbehandlungen auf.

Prof. Dr. Wolfgang Hentrich (Dresden) ist eine Künstlerpersönlichkeit mit Vorbildcharakter. Seit 1996 arbeitet er als Erster Konzertmeister der Dresdner Philharmonie und engagiert sich unermüdlich für eine lebendige, traditionsreiche, aber auch neugierig-zeitgenössische Musikkultur in Dresden. Seit 2013 leitet Hentrich die Deutsche Streicherphilharmonie. An dieser Institution fördert er junge Musikerinnen und Musiker und gibt seine Erfahrung an sie weiter. Über diese Aufgaben hinaus begleitet, leitet oder dirigiert Hentrich noch weitere Ensembles in Dresden und prägt damit gegenwärtig den Klang dieser Stadt wie kaum ein anderer.

Peter S. Kaul (Göda) ist ein Schweizer Unternehmensberater. Seit 1991 lebt er in seiner Wahlheimat Sachsen. Peter S. Kaul baute in den 1990er-Jahren den Schweizerisch-Deutschen Wirtschaftsclub in Sachsen auf und war acht Jahre dessen Präsident. Er machte sich damit um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und

um den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch verdient. Peter S. Kaul begleitet seit 20 Jahren die Schweizer Literaturtage in Sachsen. Er ist langjähriges Präsidiumsmitglied im Landesverband Sachsen des Deutschen Roten Kreuzes, seit 2018 Schatzmeister, und leistet dort in vielfältiger Form praktische Hilfe.

Birgit Munz (Dresden) ist seit 2007 Präsidentin des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs. In den nunmehr 12 Jahren ihrer Amtszeit gelang es ihr, der Institution Verfassungsgerichtshof ein Gesicht und eine Stimme zu verleihen. Munz trägt damit maßgeblich zur Akzeptanz des Gerichts bei den Bürgern in Sachsen bei. Wo immer sich Gelegenheit bot, trat Birgit Munz als demokratische Mahnerin in Erscheinung. Nachdrücklich blieb ihre Rede anlässlich des 25-jährigen Landtagsjubiläums. Darin rief sie die Abgeordneten auf, sich stärker den existenziellen Fragen der Gesellschaft zu widmen und die Meinungshoheit nicht denen zu überlassen, die Ängste und Hass schürten.

Konrad Riedel (Leipzig) ist gelernter Bäcker und langjähriger Innungsoberrmeister seiner Zunft in Leipzig. Im Stadtrat

sowie in zahlreichen Gremien und Ehrenämtern setzt er sich sachorientiert und parteiübergreifend seit über zwei Jahrzehnten für die Interessen der älteren Generation und für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ein. So kämpfte er in deren Namen für behindertengerechte Zugänge an öffentlichen Gebäuden oder für die Sanierung von Fußwegen, damit diese etwa für Rollstuhlfahrer oder Rollatoren befahrbar sind. Als Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe bemüht sich Konrad Riedel darum, den Ausbau barrierefreier Haltestellen voranzubringen.

Kerstin Stopp (Chemnitz) ist Sonderpädagogin und trainiert seit vielen Jahren junge Menschen mit einer Lern- oder

Mehrfachbehinderung. Von 1996 bis 2010 leitete sie das Spiel- und Sportfest für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit geistigen und mehrfachen Behinderungen. Sie ist Mitgründerin des »Vereins zur Förderung von Integration durch Sport.« Ein besonderes Augenmerk ihres großen Bürgerengagements liegt im Bereich des Schwimmsports. Kerstin Stopp betreut regelmäßig das Schwimmen für Menschen mit Behinderung beim »BFV Ascota Schwimmfest« und beim Chemnitzer Schwimmmeeting der geistig und mehrfach behinderten Menschen. Dabei vermittelt sie den Teilnehmern ein Gefühl des Dazugehörens und der individuellen Ermutigung, etwas ohne Begleitung oder Hilfe selbst zu schaffen.



// Birgit Munz und Prof. Dr. Wolfgang Hentrich erhielten ihre Verfassungsmedaillen am 5. Juni 2019 von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler im Beisein der Vizepräsidenten Andrea Dombois und Horst Wehner.

Kurzbilanz der 6. Wahlperiode

Dr. Thomas Schubert

// Der 6. Sächsische Landtag konstituierte sich am 29. September 2014. Einschließlich des Plenums am 4. Juli 2019 kamen seine 126 Abgeordneten zu 95 Sitzungen zusammen. In Hunderten Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen schufen sie die Basis für ihre parlamentarische Arbeit und damit für die zentralen Resultate der 6. Legislaturperiode. Zudem besuchten den Sächsischen Landtag in den vergangenen fünf Jahren zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie viele nationale und internationale Gäste. //

Gesetze, Anträge, Anfragen



In der 6. Legislaturperiode wurden von den Regierungs- und Oppositionsfractionen sowie von der Staatsregierung **210 Gesetzentwürfe** eingereicht. 194 Gesetzentwürfe haben die Abgeordneten in 2. Beratung im Plenum behandelt, davon **120 beschlossen**.

Folgende Gesetzentwürfe wurden u. a. beschlossen:

- Haushaltsgesetze 2015/2016, 2017/2018, 2019/2020
- Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft
- Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Justiz- und Maßregelvollzug, zur Gewährleistung der verfassungsrechtlichen Anforderungen an Fixierungen und zur Änderung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes
- Sächsisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft
- Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen
- Gesetz zur Änderung beamten-, besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften zur Umsetzung der Verbeamtung von Lehrkräften im Freistaat Sachsen
- Gesetz zur Änderung des Sächsischen Straßengesetzes
- Gesetz zur Neuregelung des sächsischen Straßenverkehrsrechts
- Gesetz zum Schutz von Belegstellen für Bienen im Freistaat Sachsen
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen

- Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechtes des Freistaates Sachsen
- Gesetz über den Sächsischen Wachpolizeidienst
- Drittes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung
- Zweites Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts
- Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
- Gesetz zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes im Freistaat Sachsen
- Gesetz zur Unterstützung der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen
- Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Kulturraumgesetzes

Hinzu kamen 802 gestellte Anträge, um anderweitige parlamentarische Entscheidungen herbeizuführen. Mit **fast 15 000 Kleinen Anfragen** machten die Abgeordneten mehr denn je von ihrem Recht Gebrauch, Fragen an die Staatsregierung zu richten. Das ist ein Zuwachs im Vergleich zur 5. Legislaturperiode um ca. 30 Prozent, wobei sich 60 Prozent der Kleinen Anfragen auf nur zehn Abgeordnete verteilen. Zudem wurden **77 Große Anfragen** gestellt und davon 29 im Plenum besprochen. Die Anfragen dienen neben der Information der Abgeordneten vor allem der Kontrolle der Arbeit der Staatsregierung.



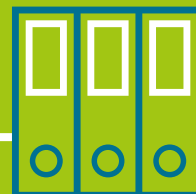
des Sächsischen Landtags

Petitionen



Der Petitionsausschuss ist mit 28 Mitgliedern der größte Ausschuss des Landtags. Damit unterstreicht das Parlament den hohen Stellenwert der Bürgeranliegen. Im Gegensatz zu Gesetzentwürfen werden Petitionen auch über den Wechsel der Legislaturperioden hinaus behandelt. Das erschwert eine statistische Erfassung für den gesamten Zeitraum. Während dieser Legislaturperiode wandten sich die Bürger im Jahr 2018 mit **726 Schreiben**, 2017 mit 612 Schreiben, 2016 mit 563 Schreiben und 2015 mit 690 Schreiben an den Petitionsausschuss. Die Erfolgsquote der Petitionen betrug 2018 und 2017 jeweils **29 Prozent**, 2016 und 2015 jeweils 23 Prozent. Alle Details finden sich in den jährlichen Petitionsberichten.

Enquete-Kommission



Die Enquete-Kommission »Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen« war im Dezember 2015 durch einen einstimmigen Beschluss des Landtags eingesetzt worden. Ihr gehörten 25 Mitglieder an. Anfang 2019 beendete sie ihre Arbeit. In 21 Sitzungen hörte das parlamentarische Gremium 70 Sachverständige an und holte **36 schriftliche Stellungnahmen** ein. In ihrem **fast 400-seitigen Bericht**, ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet, gibt die Kommission viele Handlungsempfehlungen.

Untersuchungsausschuss



Der Landtag hatte 2015 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (UA) beschlossen, um mögliche Versäumnisse der Behörden im Umgang mit der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU aufzuklären. Das parlamentarische Gremium führte **43 Sitzungen** durch und vernahm **70 Zeugen**. Insgesamt tagte der Untersuchungsausschuss **etwa 160 Stunden**. Der Abschlussbericht umfasst **203 Seiten**. Er wurde von der Mehrheit des UA am 3. Juni 2019 beschlossen. Es gab zudem ein Minderheitenvotum der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Nationale und internationale Gäste

Regelmäßig kommen nationale und internationale Gäste nach Dresden und statten dem Sächsischen Landtag einen Besuch ab. In der 6. Legislaturperiode empfing der Landtagspräsident u. a. Botschafter aus Dänemark, Luxemburg, Frankreich, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Brasilien, Usbekistan, Georgien, Rumänien und der Schweiz. Hohe Staatsgäste aus Deutschland waren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie Bundestagspräsident Norbert Lammert. Zudem kamen die Parlamentspräsidenten aus Polen, Ungarn, Slowenien, Marokko und Österreich nach Sachsen und trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein. Delegationen aus der Schweiz, aus Flandern und Niederösterreich besuchten den Sächsischen Landtag.



Bürger im Landtag

Der Sächsische Landtag ist ein für Bürgerinnen und Bürger offenes Haus. **Über 100 000 Menschen**, darunter zahlreiche Schulklassen, haben in der 6. Legislaturperiode den Landtag besucht. Sie wohnten den Plenarsitzungen bei und erfuhren bei Führungen mehr über Landespolitik und parlamentarische Demokratie im Freistaat Sachsen. Ob beim Tag der offenen Tür oder beim Tag der Sachsen, **Zehntausende** lernten auch hier ihren Sächsischen Landtag näher kennen.



Kevin Britschka

Seite an Seite – Mit Spaß und Fairplay zum Erfolg!

Der FC Landtag zieht Bilanz

Fotos: FC Landtag

// Auf dem Fußballplatz kämpft die Mannschaft des FC Landtag seit über 20 Jahren gemeinsam um den Sieg. Jedes Jahr tritt das Team zu Vereinsjubiläen, Benefizspielen und sogar zu »Länderspielen« an. //

Seit der Gründung des gemeinnützigen Vereins am 24. März 1995 ist die Mitgliederzahl von 13 Gründungsmitgliedern auf heute 49 Mitglieder gestiegen. Neben 31 Abgeordneten und zwei Ehrenmitgliedern komplettieren Mitarbeiter aus der Landtagsverwaltung, den im Sächsischen Landtag vertretenen Fraktionen und Mitglieder der Staatsregierung den Verein. Besonders erfreulich ist, dass seit 2017 alle Fraktionen im Verein und im Vorstand vertreten sind. Unter den Ge-



schicken von Marko Schiemann, der Jahr für Jahr neue Herausforderer präsentiert, steht die Truppe auf dem Platz als verschworene Einheit zusammen.

Das Spiel der Spiele

In jeder Spielsaison trifft der FC Landtag bei der Eröffnung des jährlichen Tages der Sachsen in der Ausrichterstadt auf die Auswahl des Sächsischen Beamtenbundes. Durch das regelmäßige Aufeinandertreffen beider Mannschaften hat sich eine sportliche Rivalität entwickelt, die die Akteure zu Höchstleistungen treibt. Dieses Spiel wird traditionell zum Gradmesser der gesamten Saison. Wer hier gewinnt, geht mit breiter Brust nach Hause. Der Wanderpokal tauschte in den vergangenen Jahren häufig die Seiten. Nachdem der FC Landtag im Jahr 2017 das packende Spiel mit 6:4 für sich entscheiden konnte, gab es beim jüngsten Aufeinandertreffen 2018 eine empfindliche 0:5-Klatsche. Nicht immer kann mit sportlicher Qualität überzeugt werden, aber Fußball findet Anklang im Parlament. Als Beweis dient das Spiel 2016 in Limbach-Oberfrohna, bei dem erstmalig zehn Abgeordnete und ein Staatssekretär in der Startaufstellung zu finden waren. Die unglückliche 2:3-Niederlage trübte die Stimmung des Teams allerdings nur kurz.

Vom Stadion bis zur Halle

Der absolute Höhepunkt der 6. Legislaturperiode war das »Länderspiel« gegen die Auswahl des Landtags Nordrhein-Westfalen im Rudolf-Harbig-Stadion. Das Kräfteressen setzte ungeahnte Kräfte frei und der FC Landtag fegte den Gegner mit 5:1 vom Platz.

Bei der Premiere des parlamentarischen Bund-Länder-Turniers 2018 in Berlin kehrte die Landtags-Elf mit der Bronzemedaille zurück. Jenseits der großen Sportanlagen nimmt der FC Landtag jedes Jahr am Nikolausturnier in Radibor teil, bei dem die Spieler vor allem ihre technischen Fähigkeiten unter Beweis stellen können. Die gesammelten Einnahmen des Turniers und vieler anderer Spiele werden immer allgemeinnützigen Einrichtungen zugeführt. Wie bei jeder großen Mannschaft gehören dabei neben großen Siegen auch schmerzhaftes Niederlagen dazu. Das 2:14 gegen die Altherrenauswahl des BSV Sebnitz 68 oder das 0:8 zum Saisonabschluss 2016 des VFC Plauen e.V. gegen das Integrationsteam des Vereins bleiben als Tiefpunkte der 6. Legislaturperiode in Erinnerung. Vor dem Hintergrund der langen Vereinsgeschichte sind solche Episoden schnell vergessen. Denn ob Sieg oder Niederlage, beim FC Landtag gilt auch in der 7. Legislaturperiode das Motto: »Seite an Seite – Mit Spaß und Fairplay zum Erfolg«.

»Es ist vielen gar nicht bewusst, was es für ein Glück ist, Deutscher zu sein.«

Markus Guffler

Sachsen feiert die Einbürgerung von 1647 Menschen



// Der Universitätschor Dresden unter der Leitung von Clément Michelot mit einem internationalen Liedprogramm.



Foto: S. Giersch



// Ein kleiner Gast wick den Fragen des Moderators aus. // Fotos: D. Flechtner

// Bereits zum 15. Mal luden der Sächsische Ausländerbeauftragte und der Sächsische Staatsminister des Innern zum Einbürgerungsfest ein. Es findet jährlich für alle im Vorjahr in Sachsen Eingebürgerten statt. Knapp 500 Gäste mit ausländischen Wurzeln folgten der Einladung und kamen am 15. Juni in den Landtag. //

Im voll besetzten Plenarsaal sitzt Frederique Neudert in der ersten Reihe. Die Lehrerin für Englisch und Französisch stammt aus Frankreich und lebt mit ihrer Familie seit zehn Jahren in Deutschland. »Der wichtigste Grund für meine Einbürgerung ist, dass ich wählen möchte«, antwortet sie auf die Frage des Sächsischen Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth. »Als EU-Bürgerin habe ich bereits viele Rechte, aber ich wollte hier mitbestimmen.« Mitbestimmen und sich einmischen will auch Ali Sahan. Der in Chemnitz geborene Sohn einer Iranerin und eines Irakers wurde im Jahr 2018 eingebürgert. Er ist bereits als Schülersprecher und im Stadtschülerratsrat aktiv. Im Interview mit Geert Mackenroth lobt er Chemnitz. Auf die Vorteile der Einbürgerung angesprochen, vergleicht er die Anzahl der Staaten, die er visafrei mit seinem neuen oder seinem alten Pass bereisen kann. Auch aus einer Ukrainerin sprudelt die Freude über ihre neue

Lebenssituation heraus. »Ich bin so froh, dass ich hier leben und arbeiten kann. Vielen Dank für diese Chancen!«

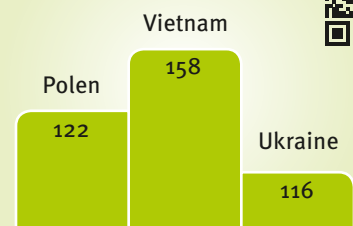
Landtagspräsident Dr. Matthias Röbeler, der als Hausherr und oberster Repräsentant der Legislative die Gäste begrüßte, bezeichnete in seiner Ansprache »unsere Neubürger« als beste Beispiele dafür, wie Integration erfolgreich gelingen kann. »Dieser Tag ist für Sie alle ein großes Glück, und er ist auch ein Glück für Deutschland.«

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner bekundete seinen »großen Respekt vor allen Einwanderern, die sich bewusst für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben«. »Genau diese Menschen brauchen wir«, so der Minister. »Nicht nur in den Unternehmen, sondern auch in den Vereinen, den Verbänden, den ehrenamtlichen Organisationen und in der Politik. Einbürgerungen sind ein wichtiger Bestandteil, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern.«

Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth hatte auf eine Festrede verzichtet. Er wollte die Menschen zu Wort kommen lassen, um die es geht. So entlockte er den Gästen Geschichten und befragte sie zu ihrer Motivation für die Einbürgerung. Im Jahr 2018 waren in Sachsen schließlich 1647 Menschen eingebürgert worden. Die Zahlen steigen stetig ebenso wie der Zuspruch zu dem Fest im Landtag.

Neben der musikalischen Begleitung durch den Universitätschor kamen das Kinderprogramm und eine Fotoaktion gut an. Zum Abschluss des Festes bildeten die Gäste aus Hunderten Schirmen ein schwarz-rot-goldenes Bild auf dem Bernhard-von-Lindenau-Platz.

Die Top 3 der Herkunftsländer von Eingebürgerten im Jahr 2018





// Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtags (VeMdL) hat sich zum Ziel gesetzt, das Miteinander zu pflegen, und stellt kollektive und individuelle Kenntnisse der Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens in Sachsen zur Verfügung. //

Fotos: VeMdL

Uta Windisch

»Großer Bahnhof« für ehemalige Landtagsabgeordnete

Der Gesprächskreis traf sich 2019 in der Sächsischen Staatskanzlei

Ein wenig war es wie in unserer aktiven Zeit als Abgeordnete des Sächsischen Landtags. Wenn uns der Weg in die Regierungszentrale führte, hatten wir immer ein Anliegen oder Fragen. So auch am 16. März dieses Jahres, wo wir im Rahmen eines Gesprächskreises dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zu aktuellen Themen »auf den Zahn fühlen« wollten. Obwohl die Gesprächskreise sonst im Landtag stattfinden, waren wir diesmal in die Staatskanzlei eingeladen.

Der Ministerpräsident, von einem Auswärtstermin kommend, unternahm mit uns einen umfassenden Exkurs durch gegenwärtige Schwerpunktthemen der Landespolitik. Auch bundes- und europapolitische Themen mit ihren Wechselwirkungen zur sächsischen Politik legte er ausführlich dar. Als sehr be-

reichernd empfanden wir seine klare und verständliche Darstellung komplexer Sachverhalte. Dadurch wurden uns Hintergründe so mancher politischen Entscheidungen, die medial oft nur schlaglichtartig dargestellt werden, sichtbar.

Michael Kretschmer betonte, dass er großen Wert auf langfristige strategische Politik lege. Ein solches Beispiel sei der bevorstehende Strukturwandel in der Lausitz nach dem Ausstieg aus der Braunkohle. Dabei dürfe es keinen Strukturabbruch geben, sondern eine Strukturentwicklung, die 20 Jahre benötige. Klimaschutz sei ein wichtiges Thema, es müssten aber auch die Belange der Bürger und der regionalen Wirtschaft mit abgewogen werden. Die Entwicklung des ländlichen Raums und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Verhältnis zu den Ballungsräumen, insbesondere im Hinblick auf Infrastruktur, medizinische Versorgung und hochwertige Arbeitsplätze, seien für ihn von höchster Priorität.

Danach folgte eine lebhafte Diskussion, in der Themen wie Innere Sicherheit, zu lange Planungszeiten durch ausufernde Verwaltungsverfahren, Bildungspolitik, medizinische Versorgung und der Breitbandausbau offensiv angesprochen wurden. Michael Kretschmer verwies darauf, dass es

für das derzeitige Rechtsgefüge in Deutschland kaum mehr einen Konsens in der Gesellschaft gebe. Der Rechtsstaat müsse verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie sei Voraussetzung dafür. Weiter müsse das Planungsrecht reformiert werden. Ebenso solle in der Bildung die Persönlichkeitsbildung und Wertevermittlung wieder Vorrang vor reiner Wissensvermittlung bekommen.

Der »Sachsen-Monitor 2018« zeige, dass 80 Prozent der Sachsen ihre eigene Situation als sehr gut oder gut einschätzten, aber medial eine große allgemeine Unzufriedenheit konstatiert werde. Das sei nicht hilfreich. Er rief dazu auf, dass die Sachsen ihren eigenen Weg gehen sollen: aus Fehlern der Vergangenheit lernen, den Blick nach vorn richten, mit den Menschen offensiv diskutieren, auch kritisch, jedoch mit positivem »Spin«. Der Ministerpräsident wurde mit großem Beifall verabschiedet. Wir werden ihn gerne wieder einladen.

Weitere Informationen zur VeMdL e.V. gibt es unter:
www.vemdl-sachsen.de



AUF AN KREUZEN!

Wahl des Sächsischen Landtags

... und **REINKLICKEN:**

www.sachsenwahl.de

Alle Infos zur Landtagswahl am **1. September 2019**

- Wen wähle ich?
- Warum wählen gehen?
- Wie wähle ich?



Video- und Fotowettbewerb

Euer Einsatz für unsere Demokratie!

- Der Sächsische Landtag sucht im Vorfeld der Landtagswahl kreative Wahl-Motivationen aller Art.
Wir freuen uns auf deine Einsendung.
Alle Beiträge werden in geeigneter Form veröffentlicht.

EINSENDESCHLUSS: 29. Juli 2019 – 18.00 Uhr

GEWINNE: 1. Platz: hochwertiges Tablet

1.–3. Platz: Erlebe den Wahlabend gemeinsam mit deiner Begleitung im Sächsischen Landtag.



SERVICE

11. Team-Challenge: Landtagsverwaltung bei Dresdner Firmenlauf am Start

Erfolgreich bei der 11. Team-Challenge: Acht Teams der Landtagsverwaltung – Hammelsprung 1 bis 8 – schnürten am 29. Mai 2019 die Laufschuhe und absolvierten die fünf Kilometer durch die Dresdner Innenstadt mit Bravour. Vom Altmarkt ging es vorbei am Zwinger, Landtag und Terrassenufer bis zum Zieleinlauf im Dresdner Rudolf-Harbig-Stadion. Insgesamt hatten sich 25 000 Läuferinnen und Läufer an der Team-Challenge beteiligt.



Wie wir wählen: Heft zur Landtagswahl 2019 in Leichter Sprache erschienen

Mit der gemeinsamen Broschüre »Wie wir wählen – Landtagswahl 2019« informieren Stephan Pöhler, der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, und Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner einfach und verständlich über die Wahl am 1. September 2019. »Das Heft macht deutlich, wie wichtig es ist, dass jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch macht«, so Röbner. Die Broschüre richtet sich an Menschen mit Lernschwierigkeiten und an Menschen, die nicht so gut lesen können. Sie ist kostenfrei beim Sächsischen Landtag erhältlich.



Hoher Besuch aus Österreich: Salzburger Landtagspräsidentin zu Gast in Sachsen



Die Präsidentin des Salzburger Landtags, Dr. Brigitta Pallauf, besuchte vom 28. bis 30. Juni 2019 Sachsen. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner traf im Rahmen eines offiziellen Abendessens zum Gespräch mit seiner österreichischen Amtskollegin zusammen. Zuvor trug sich Dr. Pallauf in das Gästebuch des Landtags ein.



[www.landtag.sachsen.de/
de/service/publikationen/
index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische
Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/
sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Am 1. September 2019
findet die Wahl zum
7. Sächsischen Landtag statt.

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzungen
live als Videostream auf
www.landtag.sachsen.de.
Auch Tagesordnungen,
Wortprotokolle und Videoauf-
zeichnungen finden Sie in
unserem Internetauftritt.
Weiterhin werden die Aktuellen
Debatten der Plenarsitzungen

auch im Regionalfernsehen
ausgestrahlt.
Nähere Informationen entneh-
men Sie bitte dem Programm
Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+
auf dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5132.
Offener Führungstermin
ohne Voranmeldung 2019:
09.08.
(16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 10 bis 18 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden Sie
unter www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit heraus-
gegeben. Die Abgabe erfolgt
kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von Parteien,
Fraktionen, Mandatsträgern
oder Wahlbewerbern – insbe-
sondere zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig, eben-
so die entgeltliche Weitergabe
der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.07.2019
Gastautoren: Markus Guffler, Sächsischer Landtag; Uta Windisch, VeMdL e. V.
Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.